

# PROTOKOLL

## über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am Donnerstag, dem 24. November 2016, im Dienstleistungszentrum

---

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 19.50 Uhr

---

### **Anwesend:**

Ausschussvorsitzender	Wagner, Volker
Ausschussmitglied	Kuge, Martin
Ausschussmitglied	Berg, Helmut
für Ausschussmitglied Börner, Ralf	Niebeling, Ralf
Ausschussmitglied	Fastenrath, Joost
Ausschussmitglied	Kühn, Lars
für Ausschussmitglied Bärthel, Klaus	Ludolph, Gerhard
Ausschussmitglied	Rößler, Christiane

### **Außerdem anwesend:**

Bürgermeister	Boucsein, Markus
Stadtrat	Schüßler, Olaf
Stadtrat	Schiffner, Claus
Stadträtin	Dr. Mahler-Heckmann, Renate
Stadtrat	Gille, Martin
Stadtverordneter	Bachmann, Martin
Sprecherin Jugendparlament	Miraudely, Nerges
Leiter Haupt- und Personalamt	Garde, Thomas
Stellv. Leiter Haupt- und Personalamt	Will, Matthias
	-zugleich als Protokollführer-
Leiterin Amt für Finanzen und Steuern	Ritter-Wengst, Cornelia
Leiter Bauamt	Dohmann, Martin

### **Nicht anwesend:**

Ausschussmitglied	Börner, Ralf
Ausschussmitglied	Bärthel, Klaus

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen sind durch Einladung vom 14.11.2016 auf Donnerstag, den 24.11.2016, 18.30 Uhr, unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben werden. Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen ist nach der Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

# **Tagesordnung**

60. 1. Beratung über den Entwurf der Haushaltssatzung für das Rechnungsjahr 2017 einschl. evtl. Änderungsanträge
  
61. 1. Beratung über den Entwurf des Investitionsprogramms für die Jahre 2016 – 2020 einschl. evtl. Änderungsanträge
  
62. 1. Beratung über den Entwurf des Stellenplanes für das Rechnungsjahr 2017 einschl. evtl. Änderungsanträge
  
63. 1. Beratung über den Entwurf des Wirtschaftsplanes der Stadtwerke Melsungen für das Geschäftsjahr 2017 einschl. evtl. Änderungsanträge
  
64. 1. Beratung über das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2017 – 2020 gem. § 92 Abs. 4 HGO
  
65. 1. Beratung über den Beteiligungsbericht gem. § 123 a HGO für das Haushaltsjahr 2016
  
66. Aktuelles – Berichte, Wünsche, Anregungen

Die Verhandlungen finden in öffentlicher Sitzung statt.

Es besteht Einvernehmen, die Tagesordnungspunkte 60 bis 65 fließend anhand des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Rechnungsjahr 2017 einschließlich aller Anlagen zu behandeln und in den jeweiligen Bereichen die Inhalte des Änderungsantrages der FWG-Fraktion vom 19.08.2016 zu erörtern.

## **Zu TOP 60**

### **1. Beratung über den Entwurf der Haushaltssatzung für das Rechnungsjahr 2017 einschl. evtl. Änderungsanträge**

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Kühn zur Entwicklung des Gewerbesteuer- und Grundsteuerhebesatzes führt der Vorsitzende für die SPD-Fraktion aus, dass diese bislang keine Entscheidung über die Entwicklung der Hebesätze ab dem Jahr 2018 getroffen habe.

Die im „freiwilligen Leistungskatalog“ benannten Zuschüsse bzw. Budgets für das Citymanagement, die Ev. Kirche und die Lokale Agenda werden erörtert und durch die Verwaltung ausgeführt, dass die Beträge ausreichend seien bzw. jährlich unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung stehen. Ergänzend führt der Vorsitzende zum Haushaltsansatz für die Jugendarbeit der Ev. Kirche aus, dass der Betrag in Höhe von 12.500 € insbesondere für die Arbeit in den Stadtteilen vorgesehen sei und sich die Ortsbeiräte für die Beibehaltung der Jugendarbeiterstelle ausgesprochen hätten.

Im Ergebnishaushalt ist ein Betrag in Höhe von 15.000 € für die Gestaltung des Fritz-Bauer/Friedrich-Stöhr-Platzes vorgesehen. Diese Maßnahme korrespondiert mit dem Änderungsantrag der FWG-Fraktion zur Bereitstellung eines Betrages in Höhe von 20.000 € für die Planung und den Ausbau des in Rede stehenden Platzes. Der Bürgermeister berichtet in diesem Zusammenhang über die Kooperation mit der Geschwister-Scholl-Schule und der Gesamtschule Melsungen. Nach Gesprächen mit den Schulleitern ist beabsichtigt, dass Wirken des Generalbundesanwaltes Bauer und des Metzgermeisters Friedrich Stöhr im Rahmen einer Projektwoche zu thematisieren und das Ergebnis der Schülerinnen und Schüler nach Möglichkeit dem Magistrat zu präsentieren. Das Ergebnis der Projektwoche könne ein erster Gestaltungsvorschlag des Fritz-Bauer/Friedrich-Stöhr-Platzes sein. Die Schulen bitten jedoch um Verständnis, dass die Umsetzung erst nach einem zeitlichen Vorlauf nach den Schulsommerferien 2017 erfolgen könne. Der vom Bauamt ermittelte Ansatz in Höhe von 15.000 € sollte nach aktueller Einschätzung zunächst ausreichend sein.

Amtsleiterin Ritter-Wengst erklärt auf Nachfrage von Ausschussmitglied Kühn, dass im Produktbereich „Brandschutz“ keine Rückstellungen für Kosten der Energieversorgung des Feuerwehrstützpunktes Melsungen gebildet wurden.

Von Seiten der CDU-Fraktion wird gewünscht, dass in den Teilergebnishaushalten 01 – Innere Verwaltung, Bauhof – und 06 – Kinder, Jugend- und Familienhilfe – die Kosten des Bauhofs auf die einzelnen Kostenstellen sowie die Kosten der einzelnen städtischen Kindertagesstätten und Zuschüsse an konfessionelle und freie Träger aufgeschlüsselt und somit detaillierter im Haushalt dargestellt werden. Dies hätte unweigerlich eine Erweiterung des Umfangs der Haushaltssatzung zur Folge. Ausschussmitglied Fastenrath schlägt vor, die von der CDU-Fraktion gewünschte detaillierte Aufgliederung der Kosten des Bauhofes und der Kinderbetreuung lediglich auf Anforderung den einzelnen Fraktionen bzw. Stadtverordneten zur Verfügung zu stellen. Diesem Vorschlag schließen sich die übrigen Ausschussmitglieder an.

In der Folge wird über die weiteren Einzelpunkte des Antrages der FWG-Fraktion vom 19.08.2016 beraten. Eine abschließende Beschlussempfehlung erfolgt in der nächsten Ausschusssitzung am 01.12.2016.

#### Zu Ziffer 1

Fraktionsvorsitzender Ludolph begründet den Änderungsantrag zur Umsetzung unbedingt erforderlicher Instandsetzungs- und Erneuerungsmaßnahmen an der Stadthalle sowie der Erstellung einer Auflistung der notwendigen Arbeiten inklusive von Brandschutzmaßnahmen bis zum 31.12.2016.

An den sich anschließenden Beratungen beteiligen sich die Vertreter aller in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen und geben ihre Statements ab. Bauamtleiter Dohmann berichtet über die wesentlichen Inhalte eines bestehenden Brandschutzgutachtens und die dringend notwendigen Maßnahmen zur Gewährleistung des Brandschutzes.

Der Vorsitzende kündigt an, dass seitens der SPD-Fraktion ein Antrag zur „Stadthalle“ folgen werde. Der Magistrat solle darin gebeten werden, bereits im 1. Quartal 2017 mit der Öffentlichkeit den Dialog aufzunehmen. In diesem Verfahren solle über eine zukünftige Nutzung unter Berücksichtigung des historischen Charakters und der Bedeutung der Stadthalle einschließlich des Investitionsvolumens beraten werden. Zu Beginn solle eine Bürgerversammlung stattfinden.

Für die CDU-Fraktion stellt Ausschussmitglied Kühn fest, dass diese – entgegen einer Berichterstattung in der HNA – keinen Abriss der Stadthalle wünsche. Die CDU-Fraktion spreche sich für den Erhalt der Stadthalle aus, sofern die Bevölkerung dies möchte. Die CDU-Fraktion unterstütze den Sparkurs der nächsten Jahre mit dem Ziel einer Schuldenreduzierung.

#### Zu Ziffer 2

Büroleiter Garde führt in seiner Funktion als Geschäftsführer der städtischen Wohnungsbaugesellschaft zum Inhalt des Änderungsantrages aus, dass die beantragte Aufstockung des Eigenkapitals mit 500.000 € zu gering sei, um mehrere, erfahrungsgemäß sehr kostenintensive Projekte in der historischen Altstadt zu realisieren. Des Weiteren stellt der Änderungsantrag darauf ab, Beratungsangebote zu unterbreiten, die durch die Geschäftsführung angesichts fehlender Ressourcen und baufachlicher Kenntnisse nicht geleistet werden können. Nach seiner Einschätzung könne die Intention des Antrages der CDU-Fraktion vom 21.11.2016 zur „Schaffung einer Stelle für einen Stadtentwicklungsbeauftragten“ eher zielführend sein. Diese Person könne beispielsweise im Stadtbauamt tätig sein und dort neben der Betreuung städtischer Baumaßnahmen auch für die Beratung von Investoren sowie Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen.

### Zu Ziffer 3

Amtsleiterin Ritter-Wengst berichtet aus ihren Erfahrungen zu Einzelmaßnahmen, die aus dem Fonds zur Attraktivierung von Kernbereichen unterstützt werden. Angesichts der aktuell geringen Darlehenskosten bestünden in den meisten Fällen keine Probleme, die Verbindlichkeiten aus zukünftigen Pacht- bzw. Mieteinnahmen zu decken. Eine Aufstockung des Fonds um 200.000 € sei daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht opportun.

### Zu Ziffer 6

Der Vorsitzende führt zum Inhalt des Änderungsantrages über die Bereitstellung von Planungsmitteln zur Ausweisung eines kleineren Baugebietes auf der Friedhofsergänzungsfläche am Sälzerweg aus, dass sich die SPD-Fraktion dafür ausspreche, zunächst die Realisierung der Baugebiete in den Stadtteilen Schwarzenberg und Röhrenfurth abzuwarten.

### Zu Ziffer 7

Die SPD-Fraktion spricht sich nach Darstellung des Vorsitzenden dafür aus, zunächst die Friedhofsverwaltung um eine Bedarfsplanung der Gräberflächen für die nächsten Jahre einschließlich einer Begründung zu bitten, bevor über eine Folgenutzung freier Flächen auf dem Neuen Friedhof entschieden werde.

### Zu Ziffer 8

Zum Inhalt des Änderungsantrages führt der Vorsitzende für die SPD-Fraktion aus, dass eine Beschränkung des Wettbewerbsverfahrens auf das Grundstück der Parkpalette und des angrenzenden geschotterten Parkplatzes zu kurzgefasst sei, und eine zukünftige Planung das gesamte Areal vom Gebäude der Familie Brüne bis zum Schlosspark umfassen müsse.

Ausschussmitglied Fastenrath verweist auf diverse, kostenintensive Projekte, wie beispielsweise die Gestaltung des Fuldaufers, den Sanierungsbedarf der Stadthalle und der Dorfgemeinschaftshäuser in Adelshausen und Obermelsungen. Die Projekte sollten zunächst im Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr gesammelt und priorisiert werden.

## **Zu TOP 61**

### **1. Beratung über den Entwurf des Investitionsprogramms für die Jahre 2016 – 2020 einschl. evtl. Änderungsanträge**

Da sich keine Wortmeldungen ergeben, erfolgt keine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

## **Zu TOP 62**

### **1. Beratung über den Entwurf des Stellenplanes für das Rechnungsjahr 2017 einschl. evtl. Änderungsanträge**

Die FWG-Fraktion bittet in ihrem Änderungsantrag vom 19.08.2016 um die zusätzliche Ausweisung einer Stelle für eine/einen Anwärter/in des gehobenen Verwaltungsdienstes.

Büroleiter Garde weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass derzeit eine Inspektoranwärterstelle für den gehobenen Verwaltungsdienst besetzt sei und die Stelleninhaberin voraussichtlich im Sommer 2018 ihr Studium erfolgreich beenden werde. Angesichts der aktuell vorhandenen Auszubildenden und Praktikanten im Verwaltungs- und IT-Bereich schlägt er vor, im Stellenplan für das Rechnungsjahr 2017 keine zusätzliche Stelle auszuweisen, sondern die im Jahr 2018 vakant werdende Stelle für eine/einen Anwärter/in des gehobenen Verwaltungsdienstes erst zu diesem Zeitraum neu bzw. wieder zu besetzen. Dieser Vorschlag wird vom Vorsitzenden der FWG-Fraktion, Herrn Gerhard Ludolph, positiv aufgenommen.

Zum Inhalt des Entwurfs des Stellenplanes für das Rechnungsjahr 2017 führt der Vorsitzende aus, dass sich die SPD-Fraktion nicht für die Bereitstellung zweier zusätzlicher Vollzeitstellen als „Springer“ in den Kindergärten, sondern lediglich für die Ausweisung einer zusätzlichen Springerstelle aussprechen werde.

## **Zu TOP 63**

### **1. Beratung über den Entwurf des Wirtschaftsplanes der Stadtwerke Melsungen für das Geschäftsjahr 2017 einschl. evtl. Änderungsanträge**

Eine Erörterung zu diesem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

## **Zu TOP 64**

### **1. Beratung über das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2017 – 2020 gem. § 92 Abs. 4 HGO**

Zum Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2017 – 2020 ergeben sich keine Rückfragen. Eine Aussprache findet nicht statt.

## **Zu TOP 65**

### **1. Beratung über den Beteiligungsbericht gem. § 123 a HGO für das Haushaltsjahr 2016**

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt ergeben sich keine Wortmeldungen, sodass eine Aussprache unterbleibt.

## **Zu TOP 66**

### **Aktuelles – Berichte, Wünsche, Anregungen**

Ohne Beratung und Beschlussfassung.

Volker Wagner  
Vorsitzender

Matthias Will  
Stellv. Leiter Haupt- und Personalamt

#### **VERTEILER:**

1 x Ausschussvorsitzender, per Mail

je 1 x Ausschussmitglied per Mail

1 x Stadtverordnetenvorsteher per Mail

je 1 x Fraktionsvorsitzende (SPD, CDU, FDP, B90/Die Grünen, FWG) per Mail

1 x Bürgermeister per E-Mail

je 1 x Magistratsmitglied per Mail

je 1 x Abt. I, II, III, IV per Mail

1 x Ordner Austausch – Sitzungsdienst – Protokolle als PDF-Datei zur Veröffentlichung auf Homepage

1 x z. d. A.